

Friederich Mielke

Die deutsch-amerikanische Krise im bundesdeutschen Wahlkampf 2002 hat die transatlantische Beziehung beschädigt. Die Instrumentalisierung des Irak-Themas hat jahrzehntealte transatlantische Bindungen verletzt. Die Bundesregierung muss diese Krise verantworten: Ihr leichtfertiger Umgang mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft war schlechte Außenpolitik. Das Bild vom „Elefanten im Porzellanladen“ drängt sich auf. Versuche scheitern, den Schaden schönzufärben und die Leichtfertigkeit herunterzuspielen. Die Fehler sind zu gravierend.

Die Dynamik der Krise war fatal: Zunächst sprach Schröder von amerikanischen „Abenteuern“ im Irak, dann lehnte er eine finanzielle Beteiligung ab, schließlich weigerten sich die Deutschen, auch unter einem Mandat der Vereinten Nationen an einem Krieg gegen den Irak teilzunehmen.

Die Krise geriet völlig aus dem Ruder, als die Justizministerin den Vergleich zwischen George W. Bush und „Adolf Nazi“ dementierte. Washington war entsetzt, der US-Verteidigungsminister schnitt den deutschen Verteidigungsminister, und die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sprach von „vergifteten“ Beziehungen. Berlins Beziehung zu Washington sei „erbärmlich“, schrieb Ian Johnson, Berliner Bürochef des *Wall Street Journal*: „Analytiker sagen, die Regierung Bush habe Deutschland als wichtigen Partner für die nähere Zukunft faktisch abgeschrieben.“ Was Anfang August

2002 in einem Gespräch zwischen Kanzleramtsminister Frank-Walter Steinmeier und US-Botschafter Daniel Coats thematisiert wurde – „Missfallen der Amerikaner an der Rhetorik des Bundeskanzlers“ –, hatte sich bis zur Bundestagswahl zu einer handfesten Krise verschärft. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen lagen am Boden.

Antiamerikanismus und Pazifismus im Wahlkampf

Die Krise wurde durch das wahlaktische Kalkül ausgelöst, mit Antiamerikanismus und pazifistischer Rhetorik Stimmen gewinnen zu können. Erstaunlich ist, wie tief die antiamerikanischen Ressentiments sitzen – trotz der Katastrophe des 11. September, der „uneingeschränkten Solidarität“ mit Amerika und der Schröderschen Vertrauensfrage, mit der er pazifistische Koalitionspartner disziplinierte. Ein Jahr nach „Nine Eleven“ wurde offenkundig, dass die Bush-Regierung bei vielen Deutschen unbeliebt ist. Die Kritik an unilateralen Entscheidungen gegen das Kyoto-Protokoll wurde immer lauter, Kritik an Stahlzöllen, an der Affäre um den Internationalen Gerichtshof, an nationaler Raketenabwehr und Androhung unilateraler Militäraktionen gegen den Irak.

Rot-grüne Politiker warnten vor der „Keule des Antiamerikanismus“: Wer die Außen- und Sicherheitspolitik der USA kritisiere, sei kein „Antiamerikanist“. Politische Differenzen zwischen den USA und der BRD habe es oft gegeben. Die

Bundesrepublik sei souverän; man wünsche sich Kommunikation „auf gleicher Augenhöhe“. Die Zeit der deutschen Unterwürfigkeit und „Vassallentreue“ sei vorbei.

Dass Kritiker der US-Außenpolitik keine „Antiamerikanisten“ sind, ist selbstverständlich. Dennoch war offensichtlich, wie die rot-grüne Koalition antiamerikanische Ressentiments schürte: die USA als militaristische, imperiale, rücksichtslose Weltmacht, die eigene nationale Interessen am Golf durchsetzten und sich geostrategisch und machtpolitisch ausdehnen; die US-Regierung als „kriegstreiberisch“, die mit „Abenteuern am Golf“ den Weltfrieden bedroht. In Washington wurde gefragt, wer die gefährlichere Macht sei – Saddam Hussein oder George W. Bush. „Was ist bloß in die Deutschen gefahren?“, fragte der Historiker Arnulf Baring: „Weil die USA so zuversichtlich auf ein vereintes Deutschland setzten, haben sie so umsichtig wie energisch 1989/90 unsere Wiedervereinigung zu Stande gebracht. Hat man all das in Deutschland vergessen?“

Gesinnungen aus der Golfkriegszeit

Die rot-grüne Koalition verließ sich auf antiamerikanische Gesinnungen aus der Golfkriegszeit (1990–91). Damals waren gut fünfzig Prozent der Deutschen gegen die völkerrechtlich einwandfrei begründete Verteidigungsaktion am Golf. Ein Bild der „materialistischen“, „imperialistischen“ und „heuchlerischen“ USA durchdrang die deutschen Medien. Das Gros der Presse meinte, der Krieg sei von der US-Regierung herbeigesehnt, um billiges Öl kaufen und teure Rüstungsgüter produzieren zu können. Damals urteilte der *Spiegel*: „Die Krise am Golf ist das logische Ergebnis einer Nahostpolitik, die sich stets nach den Tagesinteressen richtete und das widerwärtigste Schmiermittel der Wachstumswirtschaft, den internationalen Waffenhandel, geist- und

hemmungslos einsetzte, wann und wo es gerade nützlich erschien.“

Viele deutsche Journalisten sahen den Golfkrieg nicht als alliierten Einsatz für Freiheit und Demokratie, sondern die Amerikaner als „machtbesessene Imperialisten“. Das „Hegemonialstreben“ der USA sei Hauptgrund des Krieges. In ihrer Rolle als Supermacht erstrebten die USA die Weltherrschaft, schrieb die *Frankfurter Rundschau*. Peter Glotz attackierte Amerika im *Spiegel*: „In den Vereinigten Staaten grassieren verstiegene Rechtfertigungsideologien. Der protestantische Fundamentalismus des Präsidenten... ist dafür ein Beispiel.“ Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* war Amerika zwar der moralische Gewinner des Golfkrieges, dennoch sah ein Großteil der deutschen Medien den Krieg im Interesse der Bush-Regierung: Er sollte von den innenpolitischen Krisen ablenken – von schwacher Konjunktur, sinkendem Lebensstandard und dem matten Erscheinungsbild des Präsidenten. Weil Bush innenpolitisch schwach sei, versuche er, nach außen zu glänzen.

Während des Golfkrieges behauptete die deutsche Presse mehrheitlich, die USA suchten „ein militärisches Abenteuer“. Das Argument, es gehe um Befreiung und Gerechtigkeit, hielten viele Journalisten für „verlogen“, „moralisch doppelgesichtig“ und „scheinheilig“. Das sind alte Vorurteile. Bereits im 19. Jahrhundert wurde den USA „Heuchelei“ vorgeworfen. Die „Abwesenheit von Idealen“, die deutsche Journalisten 1991 den Amerikanern vorwarfen, wurde schon auf Präsident Wilson und Präsident F. D. Roosevelt projektiert. Die Rhetorik der Schröder-Regierung vom „Abenteuer“ am Golf passt somit in die antiamerikanische Schablone deutscher Politiker und Meinungsmacher.

Als SPD-Fraktionschef Ludwig Stiegl er Amerika mit dem alten Rom verglich, verschärfte sich die Krise. Bush sei der

„Imperator Augustus“, der einst Germanien als „Provinz dem Römischen Reich einverleiben wollte“. Stiegler verglich den ehemaligen sowjetischen DDR-Botschafter Abrassimow mit US-Botschafter Daniel Coats. Die Argumente vom „imperialen römischen Reich mit Hauptstadt Washington“ sind nicht neu, sie tauchen regelmäßig in der deutschen Presse auf – während der Nachrüstungsdebatte, bei Reagans Anti-Terror-Kampagne gegen Gaddafi, während des Golfkrieges. Ange-sichts amerikanischer Bemühungen um multilateralen Konsens in der Irak-Frage waren sie überflüssig.

Der zweite Appell der Schröder-Regierung richtete sich gegen die „Kriegstreiberei“ der Vereinigten Staaten. Der deutsche Pazifismus hatte schon im Golfkrieg die deutsch-amerikanischen Beziehungen belastet. 1990/91 meinten Amerikaner, eine Militärmacht Deutschland sei nicht zu befürchten, da die Friedensbewegung die stärkste Kraft in Deutschland sei. Viele spotteten, die neue Weltordnung würde mit einem „großen Loch im Zentrum“ beginnen. Die Friedensbewegung wurde als „typisch deutsche Ausprägung eines politischen Irrationalismus“ abgetan. Der „deutsche Sonderweg“ komme aus der Mottenkiste: Die deutsche Friedensliebe sei kein Pazifismus, sondern Ausdruck des „Sonderweges“. Das mit amerikanischer Hilfe souverän gewordene Land sei nicht bereit, weltpolitische Verantwortung zu tragen. Heute wird übersehen, dass die Bundesrepublik in friedenserhaltenden Aktionen in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan und vor Somalia agiert und ihre weltpolitische Aufgabe wahrnimmt. Viele Amerikaner, die Deutsche noch als „militaristisch“ und „aggressiv“ kennen, wundern sich über die Friedensliebe der Deutschen.

„Wieder Krieg“, schreibt der Soziologe Karl Otto Hondrich. Der Weg zum kriegerischen Geist des 21. Jahrhunderts

führe vom Golfkrieg über die Balkankriege zum Anti-Terror-Krieg in Afghanistan. In Deutschland herrsche Kriegs-Tabu. Die USA stellen die Truppen, die internationalen Konzerne die Waffen, das geschundene Europa die Moral der Friedfertigkeit. Die Deutschen seien im Krieg gescheitert: Niederlage, Demütigung, Besetzung und Zerschlagung des Staatsteritoriums seien nichts Ungewöhnliches.

„Aber wann hat je ein Volk so durchdringend Verantwortung und Schuld für die Niederlage und den Krieg, für das Kriegsleid und die schändlichen Massenvernichtungen spüren müssen? Historisch wird man kaum einen Fall tieferer Erschütterung kollektiver moralischer Integrität finden“, schreibt Hondrich: „Zu Recht haben die Deutschen jahrzehntelang ein Selbstbildnis entworfen, in dem Gewaltlosigkeit, Gleichheit und Selbstbestimmung hervorstechen.“

Die Deutschen in der „Dankbarkeitsfalle“?

Während der deutsch-amerikanischen Krise von 2002 klagen die Amerikaner über den deutschen Pazifismus. Außerdem sei die „Dankbarkeit weg“, stöhnte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. In Washington ging man davon aus, dass Dankbarkeit für die Rolle der USA im und nach dem Kalten Krieg von Dauer sei. 1989/90 hatte Präsident George Bush senior eine aktive, konziliante und deutschfreundliche Politik geführt. Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit wäre ohne die deutschfreundliche Politik der Amerikaner nicht so reibungslos verlaufen. Bush senior gilt als Freund der Deutschen. Condoleezza Rice hat seine Loyalität im Buch über die „Sternstunde der Diplomatie“ beschrieben. Damals war die deutsch-amerikanische Freundschaft selbstverständlich.

Clinton setzte die Freundschaft fort. Seine Besuche in Berlin, Potsdam, Eisenach, Köln und Aachen standen im Zei-

chen engster deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit. Das wissen viele Deutsche auch heute. Unabhängig davon dringen die oben genannten Ressentiments an die Öffentlichkeit. Das verletzt die Amerikaner.

Hilf- und Ratlosigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks. „Was ist mit den Deutschen los?“, fragen die Amerikaner. Erst ein „Nein“ zum Irak-Krieg, dann „keinen Pfennig für das Abenteuer am Golf“, dann ein „Nein“ zur UNO – und zum Schluss die Justizministerin mit ihrem Fauxpas. Aus Washington verlautet, Bush sei schwer gekränkt. „Wir sind im Wahlkampf“, beschwichtigen die Deutschen.

Schlechte Politik

Die Schröder-Fischer-Regierung hat mit ihrer antiamerikanischen Rhetorik hoch gepokert und knapp gewonnen. Die deutsch-amerikanische Freundschaft wurde auf dem Schlachtfeld innenpolitischer Vorteile geopfert. Verständlich, dass die Amerikaner nicht mit den Deutschen sprechen wollen. Unverständlich, wie leichtfertig die Deutschen die Krise geschürt haben. Schröder und Fischer haben den deutschen Namen in Amerika in Verzug gebracht. Es wäre leicht gewesen, die UN-Option offen zu lassen, Gespräche mit der US-Regierung zu führen und die deutschen Bedenken zu begründen. Meinungsverschiedenheiten gab es oft, transatlantischer Streit ist nicht neu. Neu sind Kaltschnäuzigkeit und undiplomatisches Gebaren einer Regierung, die enge Beziehungen zur Supermacht zerstört und jeden Fehler begeht, den man diplomatisch machen kann. Das ist schlechte Politik.

Was steht dahinter? Amerikaner sehen sich im Krieg. Der „Krieg“ gegen den Terrorismus wird auf einen „Präventivkrieg“ gegen Tyrannen ausgeweitet. Dies, meinen viele, verstöße gegen das Völkerrecht. „Wer Saddam angreift, ist ein Verbrecher“, schreibt der Schweizer Völkerrechtler Jörg Fisch. Die UNO werde als

Hemmschuh für die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der USA ausgeschaltet. Wo Rechtlosigkeit herrsche, sei der Stärkste König.

Der angebliche Vergleich zwischen Bush und „Adolf Nazi“ musste aus dem Weg geräumt werden. Für die US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sei dies „keine glückliche Zeit mit Deutschland. Es sind eindeutig ein paar Dinge gesagt worden, die weit über das normale Maß hinausgehen.“ Die berichteten Äußerungen „sind einfach unannehbar, selbst wenn nur die Hälfte davon stimmte. Wie kann man den Namen Hitlers und den Namen des Präsidenten im selben Satz gebrauchen? Wie kann besonders ein Deutscher das tun, angesichts der Aufopferung der USA bei der Befreiung Deutschlands von Hitler?“ Schröder schrieb in einem Brief an Bush, er bedauere, dass durch die angeblichen Äußerungen der Ministerin „ein Eindruck entstanden ist, der Deine Gefühle tief verletzt hat“. Die Ministerin habe versichert, dass die ihr zugeschriebenen Äußerungen nicht gemacht wurden. „Ich möchte Dir versichern, dass an meinem Kabinettsstisch niemand Platz hat, der den amerikanischen Präsidenten mit einem Verbrecher in Verbindung setzt.“ In Washington hatte der Regierungssprecher zuvor angedeutet, dass die US-Regierung dem Dementi der Ministerin wenig Glauben schenkt. Präsident Bush sei sehr verärgert.

Schröders Brief war zu kurz und zu oberflächlich. In Washington kam die Botschaft an, Bush sei so schlimm wie Hitler. Das ist für Amerikaner unerträglich, egal, wie, warum und ob die Botschaft tatsächlich so abgeschickt wurde. Das Mediensystem hat viel dazu getan, die Nachricht zu verdrehen, zu dementieren oder zu wiederholen. Fatal ist, dass die Botschaft so und nicht anders in Washington ankam. Schadensbegrenzung war ange sagt. Schröder hätte mit Bush telefonieren müssen, der Brief hätte jeglichen Ver-

dacht beseitigen und die Äußerung scharf verurteilen müssen. Das geschah nicht. In Washington entstand der Eindruck, die Angelegenheit sei Schröder gleichgültig. Amerikanische Empörung und Wut waren verständlich.

Der zweite Fehler betrifft die Politik des deutschen Isolationismus und Unilateralismus am Golf. Während Kritiker der US-Außenpolitik die unilaterale Politik der Bush-Regierung angreifen, erklärt die Bundesregierung, sie würde sich an einer Militäraktion gegen den Irak unter UN-Mandat nicht beteiligen. Die Deutschen ziehen sich aus einer gesamteuropäischen Außenpolitik heraus und erklären Unilateralismus und Isolationismus. Das ist ein Fehler. Bisher waren Multilateralismus und Respekt vor den Vereinten Nationen Maxime deutscher Außenpolitik.

Die UN beschlossen nicht, sagte der SPD-Generalsekretär, „dass alle Völker der Welt da hinzmarschieren“. Jedes Land könne diese Frage selbst entscheiden. Der Generalsekretär erteilte damit den Franzosen eine Absage: Präsident Chirac hatte gefordert, die UN sollten dem Irak eine Frist für die Wiedereinreise der Waffeninspektoren setzen. Falls Bagdad diese streichen lasse, solle der Sicherheitsrat eine Resolution über eine Militäraktion verabschieden. Der deutsche Alleingang ist somit dem französischen Kompromiss von Fristsetzung und UN-Mandat in den Rücken gefallen. Konsultiert wurde niemand – weder Franzosen noch Amerikaner. Die Deutschen haben die Vereinigten Staaten brüskiert und die Chance zerstört, einen gemeinsamen Weg mit Frankreich und anderen Europäern zu gehen. Europa kann nicht mit einer Stimme sprechen, der Einfluss der Europäer auf die US-Außenpolitik wird marginal, der deutsche Einfluss in Washington ist unbedeutend.

Wege in die Normalität?

Die Eiszeit in den deutsch-amerikanischen Beziehungen zeichnete sich beim

Empfang von Präsident Bush in Berlin ab. Es kam zu Demonstrationen, und im Bundestag entrollten PDS-Abgeordnete ein Plakat. Dann sprach Botschafter Coats im Kanzleramt vor, Schröder gab ein Interview in der *New York Times*, und schließlich redeten Deutsche und Amerikaner nicht mehr miteinander. „Wer im Loch sitzt, soll nicht noch tiefer graben“, riet Verteidigungsminister Rumsfeld den Deutschen. Er geht Verteidigungsminister Peter Struck aus dem Weg, und der wiederum „will nicht auf den Knien rutschen“, um mit den Amerikanern zu sprechen. Der Kolumnist William Safire spricht vom „German Problem“ und fragt, ob die Deutschen „den Marshall-Plan zurückzahlen sollen“.

Inzwischen werden die kleinsten Zeichen deutsch-amerikanischer Sympathie groß herausgestellt, um die Krise einzudämmen. Spricht der deutsche Außenminister mit seinem US-Kollegen, ist dies eine Meldung wert; wird die Proklamation zum deutsch-amerikanischen Tag vom Weißen Haus veröffentlicht, wird dies als Zeichen der Sympathie verstanden. Man übersieht, dass der deutsch-amerikanische Tag seit 1987 zur Routineübung des Weißen Hauses gehört. Die Proklamation des Präsidenten wird von Bürokraten aus der Schublade geholt. Das hat wenig mit dem Präsidenten zu tun. Unter Bill Clinton war der deutsch-amerikanische Tag ein Ereignis, der Präsident des Deutsch-Amerikanischen Nationalen Kongresses (DANK) wurde im Weißen Haus empfangen, die Beziehung war herzlich.

Werner Weidenfeld und Beobachter in den USA befürchten, der von der Schröder-Fischer-Regierung verursachte Schaden sei fast irreparabel. George W. Bush sei nachtragend; er lege viel Wert auf Vertrauen und persönliche Sympathie. Die „Adolf-Nazi“-Krise und das deutsche „Nein“ zur militärischen Beteiligung unter UN-Mandat hätten viel Porzellan zer-

schlagen. Verflogen seien die Zeiten, in denen die deutsch-amerikanischen Beziehungen pflegeleicht, fest und unkündbar waren. Jeffrey Gedmin vom Aspen-Institut vergleicht Deutsche und Amerikaner mit einem Ehepaar, bei dem „nach Jahrzehnten harmonischer Ehe jetzt die Fetzen fliegen“. Ein offener und harter Gedankenaustausch sei notwendig. Der Streit solle nicht öffentlich ausgetragen werden. Das Vertrauen müsse wieder aufgebaut werden.

Inzwischen reparieren Diplomaten, Politiker, Journalisten und Wirtschaftsführer den Schaden. In Washington versucht man, Kongressabgeordnete, das State Department, das Pentagon und das Commerce Department zu überzeugen, die deutsch-amerikanische Freundschaft möge nicht unter Schröders Anti-Kriegs-Rhetorik leiden. Der Außenminister betont, „Deutschlands Verlässlichkeit als Alliierter dürfe nicht angezweifelt werden“. Die scharfe Gegenreaktion der Amerikaner sei Ausdruck von Unsicherheit und Verletzlichkeit. Dennoch hat man auch in Washington erkannt, dass

das außenpolitische Scheingefecht mit den Amerikanern vom Thema Wirtschaft im Wahlkampf ablenken sollte. Bei vier Millionen Arbeitslosen und einem zehnprozentigen Anstieg von Konkursen mit dem Verlust von 134 000 Arbeitsplätzen waren Schröders Chancen auf Wiederwahl stark gesunken. Sein Spiel mit der transatlantischen Beziehung hat ihm – unter anderem – den äußerst knappen Wahlsieg ermöglicht.

Der Schaden ist groß, die Reparatur wird schwer und erfordert Sensibilität, Ausdauer und Mut. Vierzig Jahre feste Bindungen während des Kalten Krieges und zehn Jahre deutsch-amerikanische Freundschaft seit der „Wende“ werden nicht durch leichtfertige Rhetorik weggefegt. Das Vertrauen ist jedoch schwer beschädigt. Die Instrumentalisierung von Pazifismus und Antiamerikanismus als strategischer Trick im Wahlkampf war ein Fehler. Die deutsch-amerikanische Krise war vermeidbar. Die Schröder-Fischer-Regierung muss sich vorwerfen lassen, außenpolitisch und diplomatisch wie die Axt im Walde agiert zu haben.

Entscheidung des Irak

„Man bedenke, dass der Irak erst 1997 erklärte, er habe mindestens zehn Liter Rizin hergestellt – genug todbringendes Material, um mehr als eine Million Menschen zu töten. [...] Der Irak bekannte sich ebenfalls zum Besitz von 8500 Litern Anthrax. [...] Wie viele Garagen gibt es im Irak, die groß genug sind, um Platz für Traktor-Anhänger zu bieten, auf denen mobile biologische Waffenproduktionsstätten montiert sind, wie sie von mehreren Überläufern beschrieben wurden? Südafrika, die Ukraine und Kasachstan rütteten einst ab und legten ihr Waffenprogramm vollständig und freiwillig offen. In allen Fällen ging die Verpflichtung zur Abrüstung auf höchster politischer Ebene mit der aktiven Unterstützung des Prozesses durch nationale Institutionen einher. Diese Beispiele stehen in krassem Gegensatz zum irakischen Verhalten. Es ist die Politik des Bagdader Regimes, seine Massenvernichtungswaffen nicht aufzugeben, sondern sie zu verborgen. [...] Irakische Wissenschaftler und ihre Familien werden mit dem Tod bedroht, sollten sie mit den Inspektoren zusammenarbeiten. [...] Die Entscheidung, ob die irakischen Massenvernichtungswaffen freiwillig zerstört werden oder ob der Irak dazu gezwungen werden muss, liegt nicht bei den Vereinigten Staaten oder den Vereinten Nationen.“

Paul Wolfowitz, stellvertretender amerikanischer Verteidigungsminister, am 30. Januar 2003 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*